

Wirecard

Die **Wirecard AG** ist ein deutsches Finanzdienstleistungsunternehmen („Fintech-Konzern“), das sich auf die bargeldlose Zahlungsabwicklung von Online-Glücksspielen und Onlinehandel, den elektronischen Zahlungsverkehr mit Kreditkarten sowie im Bereich des Risikomanagements spezialisiert hat und international tätig ist. Das Unternehmen wurde 1999 gegründet und dessen Tochterunternehmen, die **Wirecard Bank AG**, besitzt seit 2006 eine Banklizenz in Deutschland. Im September 2018 stieg Wirecard in den Deutschen Aktienindex (DAX) auf ^[1] und besaß Ende des Jahres einen Börsenwert von 16,4 Milliarden Euro. ^[2]

Im Zusammenhang mit schwerwiegenden Täuschungsvorwürfen und einem milliarden schweren Bilanzskandal, geriet Wirecard im Juni 2020 in die Schlagzeilen. Wie die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft **Ernst & Young** mitteilte, gab es keine ausreichenden Prüfungsnachweise für Treuhandkonten in Höhe von 1,9 Milliarden Euro. ^[3] Aufgrund von drohender

Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung stellte Wirecard am 25. Juni 2020 einen Insolvenzantrag. ^[4] Erst im Zuge des Skandals stellte sich heraus, dass Aktionäre, Wirtschaftsprüfungsunternehmen, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) und Politiker*innen jahrelang getäuscht wurden. Das Unternehmen stützte sich auf ein Lobbynetzwerk aus ehemaligen Politikern und Beamten, die Gespräche und Kontakte ins Finanzministerium und ins Bundeskanzleramt vermittelten. In der Kritik stand unter anderem ein Treffen des ehemaligen Wirtschafts- und Verteidigungsministers **Karl-Theodor zu Guttenberg** (CSU), bei welchem er bei der Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) für Wirecards Expansionspläne nach China lobbyierte. ^[5]

Wirecard AG



Branche	Finanzdienstleistungen
Hauptsitz	Einsteinring 35 85609 Aschheim bei München, Deutschland
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	wirecard.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1 Lobbyarbeit für die Deregulierung von Online-Glücksspielen	2
1.2 Lobbyismus im Kanzleramt: Wirecards Expansionspläne nach China	2
1.3 Wirecards „Aktionsplan Leerverkäufe“	2
1.4 Verbindungen zum ehemaligen Chefredakteur der BILD-Zeitung	3
2 Weiterführende Informationen	3
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
4 Einzelnachweise	3

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyarbeit für die Deregulierung von Online-Glücksspielen

Wirecard hatte sich jahrelang für eine weniger strikte Regulierung von Glücksspielen in Deutschland eingesetzt. Im Zusammenhang damit stehen mehrere Treffen zwischen der Vorstandsebene des Konzerns und Politikern. Nach Recherchen von *NDR*, *WDR* und *Süddeutscher Zeitung*, sei der Kontakt zwischen Wirecard und dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, **Peter Harry Carstensen** (CDU), erstmals im Februar 2014 durch die Anwaltskanzlei **Hambach & Hambach** zustande gekommen. Der Rechtsanwalt **Wulf Hambach**, welcher seit längerem als Berater für Wirecard tätig war, habe Carstensen bei Wirecard ins Gespräch gebracht. Carstensen bestätigte ein Treffen mit Hambach, dem Vorstandschef von Wirecard **Burkhard Ley** und dem damaligen hessischen Ministerpräsidenten **Volker Bouffier** (CDU). In Hessen habe man eine Öffnung des Glücksspielmarktes und einen milderen Umgang mit illegalen Anbietern gefordert. Wirecard habe zudem geplant, zentrale Aufgaben bei der Zahlungsabwicklung von Online-Glücksspielen zu übernehmen. In einer Mail an Vorstandschef Ley schrieb Hambach zudem, dass Carstensen den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, **Winfried Kretschmann** (Bündnis 90/Die Grünen), „sehr gut“ kenne. Die Lottogesellschaften in Baden-Württemberg unterstützen die Blockade von Zahlungsdienstleistern illegaler Online-Casinos, weshalb Hambach ein Treffen mit Kretschmann als „lohnend“ bezeichnete. Ob es zu dem Treffen kam, ist jedoch nicht bekannt. ^{[6][7]}

Carstensen vermittelte zudem den Kontakt zu dem damaligen EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, **Günther Oettinger** (CDU). In einer Mail an Oettinger gab Carstensen die Handynummer von Wirecard-Vorstandschef Ley weiter. Das Treffen mit Ley, Hambach und Oettinger fand 2015 statt. Oettinger gab an, sich an den Inhalt und weitere Teilnehmer des Treffens nicht erinnern zu können. ^[8]

Weiterhin berichtete Carstensen über ein Treffen mit Ley und dem damaligen Bürgermeister von Hamburg, **Olaf Scholz** (SPD). Anlass dessen sei ein Gespräch über Suchtprävention im Glücksspiel gewesen. Weder Ley noch Scholz äußerten sich zu dem Treffen. Carstensen hingegen bestritt, von Wirecard oder der Anwaltskanzlei **Hambach & Hambach** bezahlt worden zu sein. Er sei nie als Lobbyist für Wirecard tätig gewesen, so Carstensen. ^[9]

Auch die Beratungsagentur **Von Beust & Coll.** des ehemaligen Bürgermeisters von Hamburg, **Ole von Beust**, arbeitete jahrelang mit Wirecard zusammen. Im November 2019 wurde der Beratungsvertrag zuletzt erneuert. [[Von Beust & Coll.] hatte Wirecard angeboten, „zurückhaltend und gezielt“ Kontakte anzubahnen und „Politiker zu identifizieren“, die für die Belange deutscher Banken beim Thema Online-Glücksspiel „aufgeschlossen und aktivierbar“ seien. Von Beust arbeitete zuvor auch für den Deutschen Toto-Lotto-Block. ^{[10][11]}

Lobbyismus im Kanzleramt: Wirecards Expansionspläne nach China

Wirecards „Aktionsplan Leerverkäufe“

Die PR-Agentur **Edelman** schlug dem Wirecard-Management im März 2020 einen „Aktionsplan Leerverkäufe“ vor. Hintergrund dessen war, dass Börsenspekulanten seit längerem öffentlich auf Bilanzfehler von Wirecard hingewiesen hatten. Dies befeuerte Wetten auf fallende Kurse von Wirecard, sogenannte Leerverkäufe, die im Sinne des Unternehmens verboten werden sollten, weil damit das Misstrauen in Wirecard gewachsen wäre. Schon 2019 hatte ein befristetes Verbot von Leerverkäufen dem Unternehmen kurzzeitig geholfen. ^[12]

Der Aktionsplan enthielt unter anderem den Vorschlag, dass [Karl-Theodor zu Guttenberg](#) (CSU), welcher selbst im Vorstand von [Edelman](#) saß, einen Gastbeitrag in der *FAZ* oder der *Welt* zu diesem Thema schreiben könne. Kurz darauf erschien unter dem Titel „Ein Virus namens Leerverkäufe“ ein [Gastkommentar von Guttenberg in der FAZ](#), welcher eindeutige Ähnlichkeiten mit der Argumentationslinie des vorgeschlagenen Aktionsplans aufwies. ^[13] Dennoch bestritt Guttenberg, den Artikel im Auftrag von Wirecard verfasst zu haben. Ausgangspunkt des Artikel sei seine Sorge gewesen, dass „dass über Leerverkäufe deutsche Unternehmen plötzlich zu Übernahmezielen und Übernahmekandidaten werden könnten“. ^[14]

Verbindungen zum ehemaligen Chefredakteur der BILD-Zeitung

Weiterführende Informationen

- [Lobbyreport 2021. Beispiellose Skandale - strengere Lobbyregeln: Eine Bilanz von vier Jahren Schwarz-Rot. S. 25-29](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Wirecard löst Commerzbank im Dax ab](#) zeit.de, vom 06.09.2018, abgerufen am 11.11.2021
2. ↑ [Marktkapitalisierung von Wirecard in den Jahren 2013 bis 2018](#) de.statista.com, abgerufen am 11.11.2021
3. ↑ [Wirecard AG: Veröffentlichungstermin für Jahres- und Konzernabschluss 2019 verschoben wegen Hinweisen auf Vorlage unrichtiger Saldenbestätigungen](#) wirecard.com, vom 18.06.2020, abgerufen am 11.11.2021
4. ↑ [Wirecard AG: Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens](#) wirecard.com, vom 25.06.2020, abgerufen am 11.11.2021
5. ↑ [Wirecard Skandal: Die Wahrheit über den Absturz |frontal ZDFheute Nachrichten](#), youtube.com, vom 23.09.2020, abgerufen am 11.11.2021
6. ↑ [Nord-Politiker lobbyierten für Wirecard](#) ndr.de, vom 28.01.2021, abgerufen am 11.11.2021
7. ↑ [Wirecard schickte Politiker auf Lobby-Tour](#) tagesschau.de, vom 28.01.2021, abgerufen am 11.11.2021
8. ↑ [ebd.]
9. ↑ [ebd.]
10. ↑ [ebd.]
11. ↑ [Nord-Politiker lobbyierten für Wirecard](#) ndr.de, vom 28.01.2021, abgerufen am 11.11.2021
12. ↑ [Der Mann, der Wirecard jagte](#) sueddeutsche.de, vom 02.02.2021, abgerufen am 13.11.2021
13. ↑ [Zweifel an Guttenbergs Glaubwürdigkeit](#) tagesschau.de, vom 12.01.2021, abgerufen am 13.11.2021
14. ↑ [Deutscher Bundestag: Beschlussempfehlung und Bericht des 3. Untersuchungsausschusses der 19. Wahlperiode gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes, S. 514](#) dserver.bundestag.de, vom 22.06.2021, abgerufen am 13.11.2021